



Informationen aus Land und Kreis

Arbeit der Polizei wird gestärkt

Das nordrhein-westfälische Innenministerium hat die aktuelle Personalverteilung für die 50 Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen festgelegt. Die Kreispolizeibehörde Viersen erhält in diesem Jahr insgesamt 476,66 Stellen. Hierunter fallen sowohl Polizeivollzugsbeamte als auch Regierungsbeschäftigte. Damit steigt die Zahl der Stellen gegenüber dem Vorjahr um 5,29.

2.400 Polizisten eingestellt. Dies hat es in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen noch nicht gegeben.

Die dreijährige Durststrecke, die durch die Ausbildung zusätzlicher Polizeianwärter entsteht, wird durch eine höhere Zuteilung von Angestellten kompensiert, die unsere Polizisten von administrativen Aufgaben entlasten sollen. So muss keine Kreispolizeibehörde Einbußen bei den Stellen hinnehmen, viele Kreispolizeibehörden wie etwa Viersen können sogar deutliche Stellenzuwächse verzeichnen.



Bereits 2017 wurden die Neueinstellungen bei der Polizei auf 2.300 erhöht und zusätzlich 500 Stellen für Verwaltungsangestellte geschaffen. In diesem Jahr werden weitere

die vielen neuen Stellen einen Anstieg an Polizistinnen und Polizisten geben wird - und das trotz der anstehenden altersbedingten Pensionierungen und der völlig unzureichenden Einstel-

„Es ist sehr erfreulich, dass es ab 2020 durch

Themen dieser Ausgabe:

Heimatsförderung geht an den Start	2
Endlich Bewegung auf der Strecke des RE 10	2
Haushalt mit Gestaltungsspielräumen	3
Bekämpfung von Abmissbrauch	3
Umschwung bei der Inklusion eingeläutet	3
Dorenburg schafft Begegnungen über die Grenze	4
Unterstützung für Gründerinnen und Gründer	4
Attraktive Gesundheitsberufe wichtig für unsere Orte	5
Bürokratieabbau bei LEADER-Programm	5
NRW-Koalition schafft Klima für Neubau	6
Spiel, Satz und Sieg: 11. karitatives Tennisturnier	6
Förderung von Gedenkstättenfahrten	6
Bürgersprechstunde in Lobberich	7

lungspolitik der Vergangenheit, die noch immer nachwirkt“, so die CDU-Landtagsabgeordneten Berger, Oellers und Optendrenk.

Heimatsförderung der Landesregierung geht an den Start

Mit dem Förderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet“ fördert die Landesregierung mit rund 150 Millionen Euro bis 2022 die Gestaltung der Heimat vor Ort, in Städten und Gemeinden und in den Regionen. Diese Förderung kann auch dem Kreis Viersen zugutekommen.

Ziel des Programms ist es, Menschen für lokale und regionale Besonderheiten zu begeistern und die positiv gelebte Vielfalt bei uns in Nordrhein-Westfalen deutlich sichtbar zu machen. „Es ist ein starkes Zeichen der Wertschätzung des Landes für Menschen, die sich für unsere Heimat engagieren und dafür ihre Zeit investieren. Wir im Kreis Viersen sind jetzt aufgerufen, uns am Heimatförderungspro-

gramm zu beteiligen. Je früher wir aktiv werden, desto schneller können wir davon profitieren“, so die Landtagsabgeordneten Berger, Oellers und Optendrenk.



Die Formulare für eine Antragstellung und weitere Informationen sind auf der Internetseite des Heimat-Ministeriums abrufbar.

Endlich Bewegung auf der Strecke des Regionalexpress 10

Das Problem des Niersexpress auf der Strecke von Düsseldorf über Kempen bis nach Kleve ist eine Mischung aus Verspätungen, überfüllten Zügen, defekter Technik und Fehlinformationen am Gleis, welche Pendlern regelmäßig den Arbeitsweg erschwert. Zugverspätungen und Zugausfälle sind insbesondere auf die veraltete Gleistechnik und die weit überwiegende Eingleisigkeit der Bahnstrecke zwischen Kleve und Geldern zurückzuführen.

Um den Ausbau und die Modernisierung der Strecke voranzutreiben, trafen sich

nun der Bundestagsabgeordnete des Kreises Viersen Uwe Schummer und seine Landtagskollegen Marcus Optendrenk und Dietmar Brockes (FDP) mit dem nordrhein-westfälischen Verkehrsminister Hendrik Wüst. „Mithilfe von Land und Bund arbeiten wir an Lösungen, um die Strecke bestmöglich auszubauen und Pendlern einen reibungslosen Transfer zu garantieren“, unterstreichen die Abgeordneten.

Als wesentliche Ursachen für die unbefriedigende gegenwärtige Betriebsqualität auf der Bahnstrecke nennt die Deutsche

Bahn die Bahnübergangsproblematik mit über 80 Bahnübergängen, die teils stark veraltet und störanfällig sind, sowie die veraltete Stellwerkstechnik. Die Signalanlagen, Weichen sowie Bahnübergänge bedürfen einer grundsätzlichen Modernisierung. Eine Aufnahme in den gerade zu erstellenden ÖPNV-Bedarfsplan für Nordrhein-Westfalen ist zwingend notwendig.



Haushalt mit Gestaltungsspielräumen

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2019 soll am 19. September in den Landtag eingebracht werden. Er hat ein Gesamtvolumen von 77,1 Milliarden Euro und sieht erstmals seit 1973 einen Überschuss vor. Diese 30 Millionen Euro sollen für die Schuldentilgung genutzt werden.



Foto: © made_by_nana—Fotolia

In den Folgejahren prognostiziert die mittelfristige Finanzplanung deutlich steigende Überschüsse (2020: 1,1 Milliarden Euro; 2021: 1,2 Milliarden Euro; 2022: 1,3 Milliarden Euro).

Konsolidieren, modernisieren und investieren – das ist die Haushaltspolitik der NRW-Koalition. Dazu werden die bereits 2018 begonnenen Einsparungen der Ressorts fortgesetzt und das Miet- und Pachtmanagement des Landes effizienter gestaltet. Zudem können durch dafür zielgerichtet eingesetztes Personal in der Justiz die Einnahmen aus der Vermögensabschöpfung in Gerichtsverfahren gesteigert werden.

Bekämpfung von Abmahnmissbrauch

Im Deutschen Bundestag haben die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD eine Beschlussempfehlung zur Bekämpfung von Abmahnmissbrauch formuliert. Dieses Thema ist vor allem im Zusammenhang mit der Datenschutzgrundverordnung sehr wichtig.

Insbesondere der Sorge vor Abmahnmissbrauch von kleinen und mittelständigen Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen, Vereinen und Selbstständigen soll damit entgegengewirkt werden. Marcus Optendrenk begrüßt diese Empfeh-

lung sehr, zumal er sich in der Landespolitik schon mehrfach zu diesem Thema geäußert und seine Befürchtungen kommuniziert hat. „Die größten Sorgen dürften damit ausgeräumt werden“, so Optendrenk.



Umschwung bei der Inklusion eingeläutet



Foto: © Lisa F. Young - Fotolia

Mit den Eckpunkten zur Inklusion an Schulen wird ein Umschwung in der Inklusionspolitik eingeläutet. Die völlig übereilte Einführung der Inklusion durch die Vorgängerregierung und die fehlenden Qualitätsstandards haben den Betroffenen einen Bärendienst erwiesen und der Sache geschadet.

Die Nordrhein-Westfalen-Koalition wird endlich Qualitätsstandards einführen, die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen und den Schulen Freiräume schaffen, die Inklusionskonzepte umzusetzen. Auch der Schließungsstopp der Förderschulen und deren sukzessive Stärkung ist ein wichtiger Beitrag zu einer Inklusion, die den Betroffenen gerecht wird. Denn nicht für jedes Kind ist die Regelschule der beste Förderort. Deshalb bleiben Lösungen nach individuellem Bedarf möglich.

Dorenburg schafft Begegnungen über die Grenze

"Wir sind hier in Grefrath genau an der Schnittstelle zwischen dem Niederrhein und Limburg. Wir freuen uns, dass auch die Provinz Limburg so interessiert ist an einem Ausbau der Zusammenarbeit", so der CDU-Landtagsabgeordnete Marcus Optendrenk. Der Vize-Gouverneur Ger Koopmans und der Deputierte für den Ländlichen Raum, Hubert Mackus, hatten sich in Begleitung von Kreisdirektor Ingo Schabrich über das Freilichtmuseum an der Dorenburg informiert.

Das Freilichtmuseum in Grefrath verbindet seit der Eröffnung im Jahre 1973 Geschichte, kulturelle Vielfalt und den ländlichen Raum. Kreisdirektor Ingo Schabrich erläuterte der deutsch-niederländischen Delegation diese Konzeption in einer Führung durch die geschichtsträchtige Anlage.

Jedes Jahr kommen 300.000 Besucher in das Niederrheinische Freilichtmuseum, wovon ein Sechstel aus dem Nachbarland stammen. Dies zeigt nicht nur die Bedeutung des Freilichtmuseums für den Kreis Viersen als Freizeit- und Erholungsort, sondern auch die touristische Bedeutung der Gemeinde Grefrath für die Niederlän-

derinnen und Niederländer. "Wir haben wieder gesehen, dass Europa im Kleinen beginnt und viel mit unseren gemeinsamen Wurzeln zu tun hat", so Optendrenk.

Regionale europäische Zusammenarbeit ist auch in Zukunft von enormer Bedeutung, um Menschen auf beiden Seiten der Grenzen in einen gemeinsamen Austausch zu bringen. Der kulturelle Treffpunkt in Grefrath zeigt eine der vielen Möglichkeiten auf, wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit aktiv gelebt werden kann.



Foto: Kreisdirektor Ingo Schabrich (3. von links), Dr. Marcus Optendrenk (5. von links), Hubert Mackus (4. von rechts), Ger Koopmans (3. von rechts, im Vordergrund), Peter Fischer (1. von rechts)

Unterstützung für Gründerinnen und Gründer

Studierende können künftig ein oder zwei Urlaubssemester nehmen, um ein Unternehmen zu gründen. Denn viele Gründungen entstehen während des Studiums.



Gemeinsam mit Kommilitonen entwickelt man Ideen, forscht und will sie praktisch umsetzen.

Doch das Studium sollte man dafür nicht abbrechen.

Daher bekommen die Mutigen und die Macher in unserem Land nun die Möglichkeit, ihr innovatives Potenzial zu realisieren, ohne die akademische Ausbildung zu gefährden. Nach dem Entfesselungspaket I mit der elektronischen Gewerbebeantragung und dem Gründerstipendium.NRW wird nun der nächste Baustein in Angriff genommen, um eine neue Gründerkultur in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

Optendrenk: „Attraktive Gesundheitsberufe sind wichtig für unsere Orte“

„Niederkrüchten ist eine lebendige Gemeinde. Damit das so bleibt, müssen wir konkrete Maßnahmen gegen die Folgen des demografischen Wandels auf dem Land fördern. Dazu gehören nicht nur eine Studienplatzvergabe an junge Menschen, die sich verpflichten, als Landarzt zu arbeiten, und der Bürokratieabbau im Gesundheitswesen. Es geht auch um viele



Bausteine vor Ort“, so Marcus Optendrenk nach einer mehr als zweistündigen Diskussion mit etwa 30 Vertretern der ortsansäs-

sigen Heilberufe sowie Bürgermeister Karl-Heinz Wassong im Elmpster Cafe Achten.

Diskutiert wurde etwa über die Möglichkeit, ältere Patienten trotz sich verändernder Familienstrukturen weiterhin in die Arztpraxen zu bringen, um eine ortsnahe Versorgung aufrecht zu erhalten. Vom Zahnarzt bis zur Hebamme, von der Tierärztin bis zum Apotheker und Physiotherapeuten diskutierten Vertreter der örtlichen Gesundheitsversorgung für Mensch und Tier über den Mangel an Pflegekräften, bürokratischen Aufwand oder die Sicherung der traditionellen mittelständischen Praxisstrukturen.

Bürgermeister Wassong regte ein weiteres Zusammentreffen an, um die Leitbilddiskussion der Gemeinde Niederkrüchten mit der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik noch enger zu verzahnen. „Wir bringen die Akteure zusammen, damit wir auch in Zukunft lebenswerte und attraktive Orte haben. Denn eine gute Gesundheitsversorgung ist wichtig für eine gute Entwicklung – nicht nur in Niederkrüchten“, fasste Marcus Optendrenk zusammen.

Optendrenk unterstützt Bürokratieabbau beim LEADER-Programm

Marcus Optendrenk unterstützt den Abbau bürokratischer Hürden bei EU-Förderprogrammen in Nordrhein-Westfalen, um die Abwicklung der Programme einfacher und zielgenauer zu machen. „Wir müssen bürokratische Hürden schnell reduzieren. Das Erarbeiten der Förderprojekte soll durch Ideen und Konzepte aus der Bevölkerung heraus erarbeitet werden. Wichtig ist dabei eine bürokratiearme Vergabe der Mittel, eine Stärkung der Verantwortung der einzelnen LEADER-Regionen und eine Reduzierung der Risiken für private Antragsteller“, so Optendrenk.

Mit dem LEADER-Programm unterstützt die Europäische Union ganz konkret verschiedenste Förderprojekte für die Entwicklung des ländlichen Raums. Die Regionen werden dadurch zukunftsorientiert auf die Herausforderungen des demografi-

schen und strukturellen Wandels vorbereitet und ihre Attraktivität für die Menschen erhöht.

Nettetal im Kreis Viersen ist zusammen mit den Nachbarstädten Straelen, Geldern und Kevelaer Mitglied der LEADER-Region „Leistende Landschaft“. Dieses Motiv verbindet Raum und Landschaft, Mensch und Umwelt, Gesellschaft und Kultur. Insgesamt bekommt die Region aus dem LEADER-Programm in den nächsten Jahren Fördermittel von bis zu 2,7 Millionen Euro. Die Stadt beteiligt sich an dem Mehrjahresprogramm mit 75.000 Euro.



NRW-Koalition schafft Klima für Neubau

Mit der beschlossenen Novelle der Landesbauordnung wird die Grundlage für modernes Bauen und mehr Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen gelegt, damit dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden kann.



Foto: © marcus hofmann - Fotolia

Barrierefreiheit wird neuer Standard, um Städte und Gemeinden altersgerechter

und familienfreundlicher zu machen. Nachverdichtungspotenziale werden gehoben, damit neuer Wohnraum auch in überfüllten Innenstädten ermöglicht werden kann. Zudem werden die Bauordnung von kostensteigernden und unnötigen Vorschriften befreit und Bearbeitungsfristen für Bauämter eingeführt. So kann Bauen schneller und kostengünstiger werden.

Terrassenüberdachungen, Balkonverglasungen oder Wintergärten bis 30 m² benötigen in Zukunft keine Baugenehmigung mehr. Ebenfalls bleibt das Freistellungsverfahren erhalten, sodass es auch weiterhin – anders als unter Rot-Grün geplant – für Einfamilienhäuser und kleinere Mehrfamilienhäuser keiner Baugenehmigung bedarf. Das spart Zeit und Geld.

Spiel, Satz und Sieg: 11. karitatives Tennisturnier

Das Tennisturnier am 25. August 2018 der CDU in Kooperation mit dem Tennisclub TC 69 Willich-Anrath war ein großer Erfolg. „Politik + Sport = Gute Tat!“ – dieses Leitmotiv stand über dem Tennisturnier. Wir wollen etwas Gutes tun und dabei gleichzeitig sportlich aktiv sein“, erklärte CDU-Mitglied Reinhard Maly zur Idee dieses 11. karitativen Tennisturniers.

38 Tennisspielerinnen und -spieler nahmen am Turnier teil. Für das leibliche Wohl sorgten Ute und Saskia Schimmel. Die Organisatoren Reinhard Maly und Frank Pawlik zeigten sich von den Leistungen der teilnehmenden Tennisspieler/-innen sehr zufrieden. Die Geldspende kommt einem alleinerziehenden syrischen Vater mit 3 Kindern zugute.



Foto v.l.n.r.: Frank Pawlik vom TC 69, Marcus Optendrenk und Reinhard Maly.

Förderung von Gedenkstättenfahrten

Die Landesregierung fördert mit einem eigenen Programm Schulfahrten zu Gedenkstätten politischer Gewaltherrschaft. Alle 114 beantragten Fahrten mit einem Fördervolumen von 185.000 Euro wurden bewilligt. Somit wurden über 92 Prozent

der Fördermittel innerhalb von drei Monaten abgerufen.

Dies ist ein großer Erfolg, denn historisch-politische Bildung ist ein Schwerpunkt der Schul- und Unterrichtsentwicklung in un-

serem Land und gerade in unseren politisch unruhigen Zeiten wichtig. Nur aus einer gelebten Erinnerungskultur heraus können junge Menschen aus dem Unrecht der Vergangenheit lernen. Dabei ist wichtig, dass die Förderung allen Schulformen in den Jahrgangsstufen 9 bis 13 offen steht.

Die Aufstockung der Mittel um 200.000 Euro für das Jahr 2018 ermöglicht vielen Schülerinnen und Schülern eine differen-

zierte Auseinandersetzung mit unserer Geschichte. Dazu gehören Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten mit historischem Bezug zu politischer Gewaltherrschaft, insbesondere zu den Verbrechen des Nationalsozialismus, zur SED-Diktatur oder zu den Schauplätzen beider Weltkriege.

Einzelheiten zur Förderung und Beantragung von Gedenkstättenfahrten finden Sie [hier](#).

Bürgersprechstunde in Lobberich

Marcus Optendrenk war am 31. August 2018 in der Lobbericher Fußgängerzone unterwegs, um mit den Bürgern seines Wahlkreises ins Gespräch zu kommen. Von kommunalen Themen wie beispielsweise der Verschönerung der Innenstadt über Thomas Mann und die Historie Lobberichs bis hin zu bundespolitischen Fragen fanden zahlreiche Diskussionen und Gespräche statt.



Dr. Stefan Berger & Dr. Marcus Optendrenk
CDU Kreisverband Viersen
Goetersstr. 54, 41747 Viersen



[Marcus Optendrenk](#)



[Marcus Optendrenk](#)

[Stefan Berger](#)